

# Sächsische Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 387.

Jahrgang 205.

Waggegebühren für Halle und Bittere 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für den Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erstreckt sich auf 13 Nummern. — Preis der Zeitung: 20 Pf., auswärts 25 Pf. — Wenn am Samstag den 18. August 1912. die Zeitung nicht erschienen ist, so ist dies durch einen Streifen Papier angedeutet. — Druck und Verlag von Otto Zietlow in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Waggegebühren für die sachsenpolitische Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle u. den Umkreis 20 Pf., auswärts 25 Pf. — Wenn am Samstag den 18. August 1912. die Zeitung nicht erschienen ist, so ist dies durch einen Streifen Papier angedeutet. — Druck und Verlag von Otto Zietlow in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.  
Telephon 155 u. 156; Nebentelephon 1272.  
Korrespondent: Dr. Walter Gensichen in Halle a. S.

Sonntag, 18. August 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telephon Amt Kurirtel Nr. 6290.  
Druck und Verlag von Otto Zietlow in Halle a. S.

## Zahlen, die nichts beweisen.

In einem Teil der bürgerlichen Presse, und nicht zum wenigsten der rechtsstehenden Parteien, wurde dieser Tage, auf Grund der jüngst in den Generalversammlungen der sozialdemokratischen Berliner Wahlvereine gegebenen Einzelheiten über den Stand der Organisation und die Verbreitung des „Vorwärts“ einen Optimismus geäußert, der in Wirklichkeit nicht bloß ungedreht, sondern sogar als höchst bedenklich bezeichnet werden muß.

Wenn in Wahlkreisen, wie dem 2., 3., 4., 5. und 6. Berliner Reichstagswahlkreise, die Mitgliederzahl allerdings nur außerordentlich bescheidene Fortschritte gemacht hat, ja, wenn sie in einem dieser Kreise sogar eine Verarmung erfahren haben, und wenn ferner in dem Abminderungsstand des „Vorwärts“ in dem nämlichen Verbreitungsgebiet sich ebenfalls nicht die erwartete Steigerung eingestellt hat, so will das für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie zunächst einmal auch innerhalb Berlins nicht das allgeringste bezeugen. Die genannten Berliner Wahlkreise — darüber wird man sich doch wohl keine Täuschungen hingeben dürfen — sind aber wenigstens Voraussetzungen nach auf absehbare Zeit unannehmbare Bestände der sozialdemokratischen Partei. Da ist es nur zu leicht erklärlich, daß der eine und der andere Genosse sich sagt, daß es für die Behauptung „seiner“ Wahlkreises vollkommen gleichgültig ist, ob nun gerade auch er noch dem Wahlverein angehört und seine Großen in den roten Parteien und hineinwirft oder nicht. So lassen sich denn aus dem freilich sehr bedeutenden Unterschiede in der Zahl der sozialdemokratischen Wahlvereinsmitglieder und der dies Wähler in Berlin, wo die Partei ihre Anhänger, ob organisiert oder nicht, an der Strippe hat wie kaum anderswo, auf die effektive Machtmittelentwicklung der Sozialdemokratie durchaus keine Schlüsse ziehen. Dazu kommt, daß die Zahl der in den „freien“ Gewerkschaften Organisierten eine ganz unverhältnismäßig geringe ist, als die Zahl der in den Wahlvereinen Organisierten, die „freien“ Gewerkschaften aber je länger je mehr zu roten Parteien, zu Organisationen des Umsturzes herabfallen. Im Endeffekt, im Sinne des Wachstums der sozialdemokratischen Wählerstimmen und Mandate, und damit im Sinne der gesteigerten Bedrohung der bestehenden Ordnung ist es ja auch gänzlich irrelevant, ob die roten Stimmzettel von Mitgliedern oder Nichtmitgliedern der sozialdemokratischen Wahlvereine abgegeben werden. Und wenn freilich auch durch einen etwaigen vorübergehenden Rückgang der Organisationen ein Verlust von Beitragsgebern sich einstellt, so sind schon genügend reiche Wähler und Gönner da, die um eine Rolle in der Definitivität zu spielen, aus ihrem Überfluß die entstehenden Manos decken.

Was nun aber vollends die gegenwärtigen Machtverhältnisse der Sozialdemokratie im Reich überhaupt anlangt, so lehrt der oben erwähnte Bericht der sozialdemokratischen Parteivorstände des Reiches, daß die sozialdemokratische Partei in der Reichshauptstadt keineswegs als typisch zu gelten haben. Denn im ganzen genommen ist die Zahl der Mitglieder der Reichsorganisation der Sozialdemokratie Deutschlands recht erheblich gestiegen, ebenso die Zahl der Abminderer der Parteipresse und vor allem, in sehr bedeutender Maße, die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, Magistratsmitglieder und Gemeindevorsteher.

Die nationalgeleitete Presse sollte es u. U. also vermeiden, aus gelegentlichen, noch dazu relativen Misserfolgen der Umstürzpartei einen irgendwie ins Gewicht fallenden Rückgang der deutschen Sozialdemokratie zu folgern und über ein solches Bantou in ihre Genugtuung zum Ausdruck zu bringen. Dadurch wird nur das erreicht, daß das staatstreue Bürgertum, das es namentlich in wohllosen Zeiten ohnehin an Wachsamkeit gegenüber den außerordentlichen Gefahren der roten Flut vielfach schon leidet, sich vollends in Verzagtheit einwickelt. Die Wirklichkeit jedoch sollten alle, die es anstreben, nicht müde werden, die Anhänger des monarchischen Staatswesens, die Freunde der bürgerlichen Ordnung immer wieder aufzurufen zum planmäßigen, zum energiegelassen, wo es nicht anders geht, zum rücksichtslosen Kampfe gegen die republikanische, staats- und gesellschaftsfeindliche Revolutionspartei. Denn ihrer gegenüber ist nichts so wenig am Werke, nichts so gefährlich, wie irgend welche übertriebene Optimismen.

## Alte und neue Pflichtvergessenheit des Linksliberalismus.

Ein Unglück kommt selten allein, sagt das Sprichwort. Auf die Fortschrittliche Volkspartei trifft es ganz gewiß zu. Zuerst kam der Zusammenbruch bei der Reichstagswahl. In stürmendem Geselztag, so hatten Landtag und Fortschrittliche Volkspartei verfallen, sollten die „reaktionären“ Parteien über den Haufen gerathen werden, mit reichem Mandatgewinn sollte der stolze Sieger heim-

kehren. Es kam anders, ganz anders. Ein dies aber war der erste Maßgang, und die Stichwahl der Sozialdemokratie war das mit schwerem Verlust an politischen Ansehen teuer bezahlte Almosen, das von des Reiches Käse fiel. Ein zweiter Schlag traf den Linksliberalismus mit dem Rückgang des Mitgliederbestandes der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokratie und schon vorher das beständige Liebgelicht mit der Umstürzpartei hatten die Wirkung ausgeübt, die sie ausüben mußten: sie waren für die freimüthigen Arbeiter das Signal, mehr und mehr in das Lager der Sozialdemokratie abzuwandern, die mit noch gefälligeren Versprechungen und Verträgen angelodet weiß. Dann kam der Zwischenfall auf der Tagung des Handwerks- und Gewerbetagungsamtes in Würzburg, der einen hervorragenden Vertreter des Handwerks in einem recht unvortheilhaften Lichte zeigte. Eine noch schlimmere Bloßstellung bedeutet der siegesbedeutete, triumphierende Ton, den der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem Bericht an den Parteitag in Chemnitz bei Besprechung des Stichwahlabkommens ansetzte. Zu ihrer Parteipresse schloß mitgenommen hielt die Fortschrittliche Volkspartei am Freitag, in 16 Wahlkreisen hat sie den Sieg sozialdemokratischer Kandidaten ermöglicht, zum ersten Mal hat eine bürgerliche Partei durch die Zentralleitung eine Stichwahlparole zur Unterstützung der Sozialdemokratie ausgesprochen. Der Jubel der Sozialdemokratie, der in Chemnitz den stärksten Widerhall finden wird, ist begründet. Den Herren Freimüthigen aber mag er bis auf die Werven fallen, sehen sich doch diejenigen ihrer Führer, die die Verantwortung für das Abkommen zu tragen haben, vor dem ganzen Lande des Berats der der nationalen Sache, der schlimmsten Pflichtvergessenheit gegenüber der Gemeinbürgerschaft des staatsrechtlich haltenden Bürgertums angeklagt!

Was gäbe nicht der Linksliberalismus darum, könnte er diesen Mafel aus der Welt schaffen und doch die Wählerstimmen sich erhalten, die ihm in den letzten Stichwahlen die Sozialdemokratie verschafft hat! Ein Versuch in dieser Richtung soll augenblicklich mit dem in Leipzig begründeten „Reichsberein liberaler Arbeiter und Angestellter“ gemacht werden. Eingeladenermaßen verfolgt der „Reichsberein“, an dem der hochtönende Name vorläufig das Größte ist, rein politische Ziele: in Arbeiterkreisen für die Sache des Linksliberalismus Stimmung zu machen und Anhänger zu werden. Unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft werden ihm Erfolge ganz sicher nicht beschieden sein, denn warum sollten sozialdemokratische Arbeiter ihrer Partei untreu werden, wenn sie sehen, daß der neue Verein, so mit der Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten, mit der Förderung der politischen Gleichberechtigung für alle Erwerbsthätigen, mit der Kampfanlage gegen den Großgrundbesitz, gleichfalls sozialdemokratische Grundzüge aufweist und betätigen will. Die agitatorische Kleinarbeit, die der Verein leisten soll, kann also, da auch im Bereiche der christlichen Gewerkschaften die Ausbeute gering sein dürfte, ihre Opfer unter den Mitgliedern der wirtschaftsriedlichen, der nationalen und der unabhängigen Vereine suchen. Ihre Opfer denn von dem festen, sicheren Boden, auf dem sie stehen, würden diese Arbeiter losgelöst und in den revolutionären Wirbeln, der bereits die Fortschrittliche Volkspartei erfasst hat, hineingerissen werden.

Die Zuverlässigkeit und die Klugheit der nationalen Arbeiterschaft bürgt dafür, daß der listige Anschlag seinen Zweck verfehlt. Einen Erfolg aber kann der neue „Reichsberein“ bereits für sich in Anspruch nehmen: durch seinen Anschlag an die Fortschrittliche Volkspartei hat er gezeigt, wessen er diese Partei fähig hält, die ihr Renommee durch das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie mit Füßen getreten hat.

## Die Lage auf dem Balkan.

Die antike „Agence Bulgare“ ist ermächtigt worden, die von dem Berichterstatter des „Matin“ dem Unterrichtsminister Boubissem in der Mund gelegten Aeußerungen aus scharfe zu bestrafen. In zuständiger Stelle wird erklärt, der Bericht des „Matin“ entspreche in keiner Weise den Anschauungen des Ministers.

Der frühere jungtürkische Abgeordnete Hussein Dschahid bestreitet im „Langimat“ die Nachricht, er habe bei den angeblichen Friedensunterhandlungen in der Schweiz mitgewirkt, als vollständig falsch; er habe in diesem Jahre nicht die Schweiz bereist, sondern Norwegen. Hussein Dschahid bezeugt die Meinung, daß das jungtürkische Komitee in die angeblichen Friedensverhandlungen eingegriffen und sich die Zahlung einer größeren Summe an die Komiteemitglieder gehofft habe, als ebenjo unzutreffend.

## Der italienisch-türkische Krieg.

Nach einem bei der Deutschen Lebantelinie eingegangenen Bericht über die vom 8. bis 11. August auf hoher See zwischen dem Viraus und Cyra erfolgte Durchsuchung des Dampfers „Karpathos“ durch italienische Kriegsschiffe ist das Vorgehen der Italiener auf Anzeiger dreier Leute der Schiffsmannschaft zurückzuführen. Diese hatten dem italienischen Konsulat in Viraus gefälschte Stempel aus unter der Angabe von Kriegskontrollen vorgelegt in der Absicht, sich eine Belohnung seitens der italienischen Behörden zu verschaffen. Die Durchsuchung ergab die völlige Grundlosigkeit der Anzeige. Die drei Leute, von denen einer durch Ergrüfung ins Meer sich der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen versuchte, wurden unter Mitwirkung des deutschen Konsulats in Cyra von Bord entfernt und verhaftet.

## Deutsches Reich.

\* Der König von Sachsen nahm am Sonnabend eine Parade auf der Festung über die 88. Infanteriebrigade auf dem Truppenübungsplatz Königsbrunn ab und stellte bei dieser Gelegenheit den Kronprinzen a la suite des 5. Infanterie-Regiments Nr. 104.

## Getreideverkauf kleiner Landwirte.

Von freimüthiger Seite wird immer behauptet, daß nur die landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 100 Morgen Areal Nutzen von Schutzloß hätten. Das ist natürlich höchst bedenklich und schon deswegen widerlegt worden, soeben veröffentlicht ein Kleinbauer am Oberberg, der ein aus ausenabermittelnden Partellen bestehendes, 31 Morgen großes Grundstück bebaut, folgende Aufstellung: Im Jahre 1911/12 habe ich verkauft: 88 Ztr. Weizen, 24 Ztr. Korn und 14,5 Ztr. Hafer, zusammen also 126,5 Ztr. Getreide. Im gleichen Jahre habe ich dazugeteilt: 62,78 Ztr. Weizenhalben, 8,10 Ztr. getrocknete Viehtreter und 7,28 Ztr. Malzkeime, zusammen also 77,78 Zentner. (Die Dürre des letzten Jahres und der dadurch hervorgerufene Minderertrag an Futtermitteln hat es verursacht, daß der kleine Bauer ein so großes Quantum verkaufen mußte.) Der oberbergische Kleinbauer schreibt ferner: Ich treibe auch noch Zuckerrübenbau und bin ebenso wie meine früheren Berufskollegen an Zuckereisen interessiert. Ich hoffe, in diesem Jahre für 600 bis 700 Mark Zuckerrüben zu verkaufen. Mit dieser Aufstellung hat der Mann der Praxis die Behauptungen der freimüthigen Theoretiker widerlegt und wieder glänzend dargetan, daß die konterbative Wirtschaftspolitik nicht einseitig die Interessen der „Stiefel“, sondern im gleichen Maße auch die der mittleren und kleinen Landwirte verfehlt.

## Abänderung des Wehrgesetzes.

Die „Bayerische Landeszeitung“ läßt sich aus Berlin über eine Abänderung des Wehrgesetzes durch Zusammenlegung des Musterungs- und Aushebungsgeschäfts verschiedene berichten. Demgegenüber stellt die Neue politische Korrespondenz fest, daß eine solche Zusammenlegung militärischer nicht beabsichtigt ist. Zutreffend ist nur, daß für die Folge: a) die Lösung fortfallen soll, daß ferner b) diejenigen Militärpflichtigen, die mit unbilligen (bleibenden) körperlichen Gebrechen behaftet sind, von dem persönlichen Erscheinen bei der Musterung entbunden werden dürfen und c) daß die bei den Musterungen für „Anlaglich“ Befundenen für die Folge in Klasse I „gut geeignet“ und in Klasse II „in zweiter Reihe geeignet“ eingestuft werden sollen.

## Die Steuerlasten der deutschen Städte.

Neben die Steuerlasten der deutschen Städte im letzten Etatsjahre sind, wie der „Anf.“ geschrieben wird, Erhebungen angefertigt worden, durch die ein Uebersicht über die Steuerfähigkeit der einzelnen Städte Deutschlands gewonnen werden kann. Es ergibt sich, daß in den verschiedenen Städten ganz beträchtliche Unterschiede in der Steuerleistung pro Kopf der Bevölkerung bestehen. Die hauptsächlichsten Ergebnisse nach dem durchschnittlich höchsten und niedrigsten Satz sind in den einzelnen Steuerorten folgende:

An Einkommensteuern betrug in Deutschland der Durchschnittssatz pro Kopf der Bevölkerung 20 M. Bei verschiedenen die Ertragsgröße aus der Einkommensteuer in den einzelnen Städten gerechnet sind, geht daraus hervor, daß dieser gesamte deutsche Durchschnittssatz nach oben und nach unten ganz beträchtlich überschritten wurde. Den höchsten Steuerertrag hatte Frankfurt a. Main aufzuweisen, denn hier betrug er im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung 35,05 M. Den niedrigsten Satz an Einkommensteuer erbrachte Alsenstein mit durchschnittlich 7,16 M. Von Zufußlagen zur Einkommensteuer wurden in einigen Städten bis zu 276 Proz. erhoben, während andere, wie z. B. Berlin, Gera, Oldenburg, Wiesbaden je 100 Proz. erhoben. Von den indirekten Steuern erreichten Städte mit 784,5 M. den höchsten Satz, während Bielefeld nur 24,8 M. erhielt. Bei den Verbrauchsteuern stand Wiesbaden mit dem höchsten Ertrag von 4,84 M. an der Spitze, während Frankfurt a. Main den niedrigsten Satz mit durchschnittlich 0,55 M. aufzuweisen konnte. Der Gesamtdurchschnitt betrug in Deutschland 1,52 M. An













Die in diesem Kursverzeichnis aufgeführten Aktien sind zum 17. August 1912...

Berliner Börse, 17. August 1912

Umsatz: 1.1 Mrd. M., Kurs: 80 P., ...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Eisen- u. Stahlwerke', 'Banken', 'Industrie', and 'Auswärtige Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing exchange information or a notice.